

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 51. 33. Jahrg.

17. Dezbr. 1920

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT-KUPFERDRUCKER, FORMSTECHEUR- u. VERW. BERUFE

Abonnement. Die *Graphische Presse* erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis: 2 Mk. 21. 7. Poststellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins 3 Mk.

Redaktion:

Hans Ronnger, Berlin N 24, Elsaßstr. 96-98, III. Redaktionsschloß:
Montag, Telefon: Amt Norden 4268.
Verlag: Johannes Haß, Berlin N 24, :: Druck und Expedition:
Conrad Müller, Scheuwitz-Leipzig, Augustastr. 8-9.

Insertion. Für die viergespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 50 Pfg., bei Wiederholung Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 25 Pfg. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. — *Zuschriften an die Expedition betreffen*

Inhalt:

Hauptteil: Bekanntmachungen. Internationaler Gewerkschaftskongreß. II Rundschau. Irrtum — Fabel. — **Allgemeines:** Graphische Jugendarbeit. Ortsbericht: Coblenz. — **Der Betriebsrat:** Über den Einspruch bei Kündigung und Entlassung entscheidet endgültig der Schlichtungsausschuß. — **Die photomech. Fächer:** Ortsbericht: Berlin, Lichtdrucker. — **Die Papetenbrande:** Ortsbericht: Crefeld, Formstecher. — **Feuilleton:** Zum 150. Geburtstag Beethovens. — **Totenliste.** — **Anzeigen.**

Bekanntmachungen.

Achtung! CHEMIGRAPHEN! Achtung!

Die Chemigraphen Schwedens stehen noch immer im Streik. Aller Wahrscheinlichkeit nach werden schwedische Arbeiten in Deutschland unterzubringen versucht. Die Arbeiten selbst sind nicht ohne weiteres — und besonders dann nicht, wenn sie ohne Text sind — als schwedische Arbeiten zu erkennen. Wir ersuchen deshalb dringend, jedes Signum der Arbeiten darauf hin zu prüfen ob es gegenüber den bisherigen Geschäftsbedingungen verändert ist.

Besonderes Interesse haben wir an der Feststellung, wo Farbenarbeiten der Firma *W. Zadwison* in Göttingen, die Häuseransichten mit roten Dächern und schwedischen Fahnen darstellen, gemacht werden.

Wir betrachten es als selbstverständlich, daß die Herstellung schwedischer Arbeiten unterbleibt.

Der **Verbandsvorstand.**

Internationaler Gewerkschaftskongreß.

II.

Grafmann (Deutschland): Die deutsche Arbeiterschaft hat die alte Militärherrschaft beseitigt. Eine Wiederkehr dieser Herrschaft ist unmöglich, wie die Märzereignisse zeigten. Der damalige Generalstreik war tatsächlich allumfassend und dadurch unwiderföhllich. Gewiß wußten wir, daß die Arbeiterschaft am meisten unter den Folgen des Streikes leiden würde, aber diese Folgen wurden gerne in den Kauf genommen, weil wir nie wieder unter das alte Regime kommen wollen. Wir wehren uns energisch gegen jede monarchistische oder alldeutsche Hetzpropaganda, auch durch die Tat. Schon vor dem Aufruf des Internationalen Gewerkschaftsbundes hatten wir mit einer Kontrolle des Waffentransportes begonnen, um nicht nur jede Aus- oder Durchfuhr von Kriegsmaterial nach Polen und Rußland, sondern auch die Waffenschleppungen in Deutschland selbst zu verhindern. Das geschieht nicht nur aus grundsätzlicher Gegnerschaft gegen den Krieg, sondern auch, um unseren Arbeitsbrüdern im Osten die Abwehr gegen Invasion nicht zu erschweren, wean gleich wir für das heute herrschende Regime keinerlei Sympathie haben. Wenn wir die Herrschgelüste der äußersten Rechten abwehren, so wenden wir uns aber auch ebenso gegen jede von links kommende Diktatur. Von den kommunistischen Husarenritten versprechen wir uns nichts. Wie die Beispiele in Ungarn und München zeigen, bereiten sie nur den Boden vor für die schlimmste Reaktion, gegen die die eingeschüchterte und völlig entnervte Bevölkerung sich dann nicht mehr zur Wehr zu setzen wagt. Statt der Weltrevolution bedürfen wir einer Revolution, welche das organisierte Streben nach dem Aufbau einer wahren wirtschaftlichen

und demokratischen Demokratie bedeutet. Sie allein ist die Hoffnung der Arbeiter. Die deutschen Arbeiter, die ein Stück dieses Weges zurückgelegt haben, wünschen nichts sehnlicher, als daß ihr Beispiel in anderen Ländern mit Nutzen für die Arbeiterschaft verwendet werde. Gewiß sind die deutschen Verhältnisse noch nicht ideal; aber sie bilden schon eine günstigere Grundlage für weitere Aktionen, als wir sie jemals besaßen. Das jetzige republikanische Regime in Deutschland ist zweifellos einer der stärksten Dämme gegen die Reaktion, sowohl gegen eine Diktatur eines Wilhelm wie auch gegen die Herrschaft einer Clique oder Minderheit. Kurz vor der Abreise erfuhren wir von neuen Angriffen der Moskauer gegen unsere Gewerkschaften, von einem gegen uns gerichteten Aktionsplan. Unsere Antwort darauf ist, daß wir beschlossen haben, Moskau gegenüber nicht mehr in der Defensive zu bleiben, sondern zur Offensive überzugehen, indem wir die Arbeiterschaft über die Folgen und Gefahren des Bolschewismus gründlich aufklären. (Starker Beifall.)

Basteiro (Spanien): Aus Spanien müssen wir dem Kongresse leider bitere Klagen über die Zustände in unserem Lande vorlegen. Wahre Bürgerrechte haben wir noch nie gekannt, denn wir leiden noch heute unter einem vollständig mittelalterlichen monarchistischen System. Nachdem vor einiger Zeit die wenigen vorhandenen konstitutionellen Rechte auch formell aufgehoben wurden, herrscht ein schlimmer Terror gegen die Arbeiterorganisation und ihre Führer. Im letzten Jahre übertrug die Regierung einem General diktatorische Vollmachten. Dieser löste die Gewerkschaften nach Belieben auf, ließ die Leiter verhaften, deportieren und von Gefängnis zu Gefängnis schleppen. Gründung neuer Gewerkschaften ist unmöglich, da die Behörden die erforderliche Genehmigung ablehnen. Es passiert uns, daß wir als Abgeordnete Wahlversammlungen abhalten wollen, aber die Polizei die Zuhörer auseinandertreibt und uns selbst festhält. Jetzt will die Regierung ein besonderes Gesetz gegen den »Terror der Arbeiter« durchdrücken, während in Wirklichkeit der Terror nur von ihr ausgeht und von den Unternehmern, deren Antistreikorganisation schon vielen Arbeitern das Leben kostete. Ich bitte angesichts des schrecklichen Zustandes in unserem Lande den Internationalen Gewerkschaftsbund, eine eigene und persönliche Untersuchung über die Verhältnisse zu veranstalten.

D'Arragona (Italien) begrüßt die Ausdehnung der Tätigkeit der gewerkschaftlichen Internationalen, meint aber, daß die Resolution keine Aktionsmittel bezeichne. Gewiß herrscht allenthalben die Reaktion, aber doch hauptsächlich als Kriegsfolge und teilweise infolge der von einigen Landeszentralen im Kriege eingenommenen Haltung. Wir dagegen stellten die Solidarität mit den Arbeitern auch der feindlichen Länder über das Einvernehmen mit der italienischen Bourgeoisie. Nur dadurch bewahrten wir das Vertrauen der Arbeiter und konnten unsere Mitgliederzahl von 400000 auf 2,4 Millionen erhöhen, so daß wir die eigene Reaktion allein bekämpfen können. So ist der Achtstundentag zwar nicht Gesetz, aber praktisch durchgeführt, sogar für einen großen

Teil der Landwirtschaft. Wir sind jetzt dabei, die Kontrolle der Industrie praktisch durchzuführen und zwar im Interesse der Gesamtheit. Bei Ihren Klagen gegen die russischen Angriffe sollten Sie nicht vergessen, daß Ihre Kriegshaltung Ihnen den Glauben beibringen konnte, Sie hätten die Sache der Arbeiter vertreten. Dabei weiß ich, daß ich selbst auch oft »Gelber« und »Verräter« genannt werde.

Halford (Kanada) erklärt, daß dies ein revolutionärer Kongreß, seine Organisation aber geradezu das Gegenteil davon sei, weshalb er den vorliegenden Entschlüssen nicht zustimmen könne.

Der Vorsitzende entgegnet, daß sei dies wohl der erste Internationale Kongreß, an dem er teilnehme. Die Zentrale maße sich keine Macht über die einzelnen Länder an.

Volan (Norwegen) ist gegen den Völkerbund und das von diesem geschaffene Internationale Arbeitsamt. Deren Erwähnung in den Entschlüssen solle unterbleiben, desgleichen jeder Angriff auf die Russen, die in bezug auf Bekämpfung der Reaktion und Opferwilligkeit leuchtende Vorbilder seien.

Fimmen weist in seinem Schlußwort darauf, daß die Amerikaner, die selbst in ihren Kongressen politische Beschlüsse fassen, kein Recht haben, uns politische Betätigung vorzuwerfen. Die Russen sind oft zur Mitarbeit eingeladen worden. Wenn ihnen die Interessen der Arbeiter am Herzen liegen, müßten sie eine solche Einladung annehmen.

Die Resolution über die internationale Lage wird darauf gegen die Stimmen von Kanada, Italien und Norwegen, oder mit 21906000 gegen 2710000 Stimmen angenommen. Sie lautet

»Der vom 22. bis 27. November 1920 in London tagende Internationale Gewerkschaftskongreß protestiert mit aller Energie gegen den in der ganzen Welt zutage tretenden offenen oder verschleierte Versuch der herrschenden Klasse und ihrer Regierungen, die Freiheit und Aktion der Arbeiterorganisationen zu unterdrücken. Er gibt seiner Sympathie Ausdruck für alle jene, die in den verschiedenen Ländern unter der Reaktion gelitten haben und noch leiden, spricht allen Arbeitern, die in dem Kampfe gegen den weißen Schrecken in Ungarn und bei der Aktion zur Verhinderung des Transportes von Kriegsmaterial für die konterrevolutionären Armeen ihre internationale Pflicht erfüllt haben, seinen Dank aus, und erhebt Einspruch gegen den wirtschaftlichen und militärischen Krieg, der noch immer gegen Rußland geführt wird.

Der Internationale Gewerkschaftskongreß erklärt es als eine der wichtigsten Pflichten aller dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Gewerkschaftszentralen und seiner internationalen Berufssekretariate, sowie aller diesen Organisationen angehörenden Arbeiter, mit aller Kraft und allen verfügbaren Mitteln gegen die den Aufstieg, das Leben und die Existenz selbst der Gewerkschaftsbewegung bedrohende Weltreaktion Stellung zu nehmen.

Der Internationale Gewerkschaftskongreß erklärt, daß die Gewerkschaftsbewegung neben ihrer gewöhnlichen Aktion für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, national und inter-

nationalen Kampf führe gegen Kapitalismus und Imperialismus.

Der Kongreß erklärt, daß dieser Kampf sich vor allem zu richten hat gegen den Militarismus in allen seinen Formen.

Der Internationale Gewerkschaftskongreß erklärt, daß die Waffe des Massenstreiks und des internationalen Boykotts von den Gewerkschaften als wirksames und zweckentsprechendes Mittel in ihrem Kampfe gegen die Reaktion und für den Fortschritt anzuwenden ist.

Der Internationale Gewerkschaftskongreß erklärt, daß zu diesem Zwecke die größtmögliche Einheit und das Zusammenwirken der Arbeiter aller Länder und Berufe unerläßlich ist, er richtet den dringenden Appell an alle angeschlossenen Gewerkschaftszentralen und an die internationalen Berufsekretariate, um in einer ununterbrochenen Zusammenarbeit mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund eine Macht zu formen, mit ihm gemeinsam von diesen Waffen Gebrauch zu machen und die Arbeiter aller Länder durch eine rastlose, tatkraftige Propaganda von der Notwendigkeit zu überzeugen, einen internationalen Kampf zu führen gegen die Weltreaktion, dem Krieg den Krieg zu erklären und für die Verwirklichung einer auf neuen Grundlagen zu errichtenden gesellschaftlichen Ordnung zu kämpfen.

Darauf wird der Kongreß auf Donnerstag verlagert, damit die eingesetzten Kommissionen die übrigen Fragen vorbereiten können.

Zu Beginn der Donnerstagsitzung verliest der Vorsitzende das Schreiben einer kürzlich nach England gekommenen Abordnung eines menschenwristisch-russischen Kongresses der Arbeiter in den Uralgebieten, an dem die Vertreter von 145000 organisierten Arbeitern teilnahmen. Die Unterzeichner geben ein trübes Bild von der Bolschewistenherrschaft, die aus den Gewerkschaften reine Regierungsapparate gemacht hat.

Eine Resolution über den Achtstundentag

land nach kurzer Aussprache Annahme, nachdem ein von Norwegen, Italien, Luxemburg, Kanada und Frankreich — zum Teil aus ganz entgegengesetzten Gründen — gestellter Antrag, die Anrufung des Internationalen Arbeitsamtes aus der Resolution zu streichen, gefallen war.

Der zur Frage des Achtstundentages angenommene Beschluß lautet:

»Der am 22. November und die folgenden Tage in London versammelte außerordentliche Gewerkschaftskongreß stellt fest,

daß die Internationale Arbeitskonferenz in Washington einen Entwurf zu einer Übereinkunft betreffend Festsetzung der Arbeitszeit in industriellen Anstalten auf 8 Stunden am Tage und 48 Stunden in der Woche als Richtlinien für die gesetzliche Festlegung einer maximalen Arbeitszeit vorgezeichnet hat;

daß zwar in einigen Staaten die Arbeitsschutzgesetzgebung bereits der Konvention von Washington entspricht, daß demgegenüber aber in den meisten Ländern sowohl die Regierungen wie die Unternehmer nicht nur die Ratifizierung der Konvention zu verhindern suchen, sondern alles daran setzen, um die Arbeitszeit auch dort, wo sie tatsächlich schon auf 48 Stunden verkürzt ist, wieder zu verlängern.

Der Internationale Gewerkschaftskongreß erhebt energischen Protest gegen dieses arbeitfeindliche Verhalten der Unternehmer und ihrer Regierungen und fordert die unverkürzte Anerkennung und Durchführung der Washingtoner Beschlüsse.

Der Internationale Gewerkschaftskongreß verpflichtet die angeschlossenen Organisationen, allen Bestrebungen, die Durchführung der Konvention von Washington zu hintertreiben, mit allen Mitteln entgegenzutreten und fordert sie zu nachhaltiger Unterstützung der Gruppen auf, die zum Kampf für die Erringung des Achtstundentages gezwungen sind.

Der Internationale Gewerkschaftskongreß erklärt, daß er eine weitere Unterstützung der

Bestrebungen des Internationalen Arbeitsamtes seitens der Gewerkschaftsbewegung ablehnt, wenn die Ratifizierung der Washingtoner Beschlüsse innerhalb der festgesetzten Frist nicht erfolgt ist.

Die Rohstofffrage

behandelte der Berichterstatter Mertens (Belgien). Er wies darauf hin, daß die Frage schon die Washingtoner Konferenz und spätere Tagungen des Internationalen Arbeitsamtes beschäftigt hat. Seine längeren Ausführungen, die ergänzt wurden durch einen schriftlichen Bericht an den Kongreß, gipfelten in der Forderung nach einer den Bedürfnissen aller Länder gerecht werdenden Verteilung der Rohstoffe, die als Gemeingut der Menschheit angesehen werden müssen, durch den Völkerbund. Allerdings müsse die Organisation des letzteren durch den Druck der Arbeiter unseren bekannten Forderungen entsprechend abgeändert werden.

Baldesi (Italien) greift den Völkerbund heftig an. An diesen dürften die Arbeiter sich nicht wenden. Sie sollten vielmehr ihre einzelnen Regierungen zwingen, eine internationale Konferenz zur Lösung dieser Frage einzuberufen. Der Völkerbund sei ein Bund der Sieger mit dem besonderen Ziele, Deutschland auszuplündern, wie die Forderungen auf Ablieferung von Kühen usw. zeigen.

Der Vorsitzende gibt für die britische Delegation die Erklärung ab, daß sie für die Resolution eintritt, aber auch für den Ausbau des Völkerbundes, der alle Völker umfassen müsse, um ein wirksames Friedensinstrument zu werden.

Halford (Kanada) ist gegen die Resolution, die eine Einmischung in die Angelegenheiten einzelner Länder bedeute. Über seine Rohstoffe und Hilfsmittel müsse jedes Land allein bestimmen.

Dürr (Schweiz) stimmt der Resolution zu bis auf die Übertragung der Aufgabe der Rohstoffverteilung an den Völkerbund, der solchen Aufgaben nicht gewachsen sei.

Die nachfolgende Resolution wurde darauf einstimmig — nur gegen die Bezugnahme auf den Völkerbund waren einige Stimmen — angenommen. Sie lautet:

»Der am 22. November und die folgenden Tage in London tagende Außerordentliche Internationale Gewerkschaftskongreß beschließt:

In Erwägung, daß der Weltkrieg in allen Ländern eine derartige Zerrüttung hervorgerufen hat, daß der wirtschaftliche Wiederaufbau ernstlich in Frage steht;

in Erwägung, daß der letztere in der Hauptsache davon abhängt, welche Lösung das Problem der Rohstoffversorgung erfährt;

in Erwägung, daß die Länder, die der Rohstoffe entbehren, mit Rücksicht auf ihre Industrie von jenen Ländern abhängen, die über Rohstoffe verfügen (sei es, daß sie diese hervorbringen oder dank ihrer günstigen Lage sich verschaffen können);

in Erwägung, daß daher die Regelung der Verteilung aller Rohstoffe der Welt nach Recht und Billigkeit eine der wesentlichsten Voraussetzungen für die wirtschaftliche Wiedererhebung ist;

in Erwägung, daß die Struktur der kapitalistischen Gesellschaft einer gerechten Verteilung der Rohstoffe im Wege steht, wie auch jeder wirtschaftlichen Regelung, die allen Menschen ohne Ausnahme gestatten würde, die ihnen in der Weltgemeinschaft zugewiesene Rolle zu erfüllen;

in Erwägung, daß es infolgedessen Pflicht der organisierten Arbeiterklasse ist, ohne Unterlaß darauf hinzuwirken, daß die heutige unorganisierte Gesellschaft verschwinde und ersetzt werde durch eine rationelle Organisation der Produktion, ihrer Verteilung, überhaupt der gegenseitigen Beziehungen der Völker;

in fernerer Erwägung, daß es aber schon jetzt eine hohe Pflicht der Menschlichkeit ist, für eine gleichmäßige Verteilung aller verfügbaren Rohstoffe in der ganzen Welt zu sorgen, und daß diese Verteilung nur durch eine inter-

nationale Verständigung herbeigeführt werden kann durch die Bemühungen der Gewerkschaften internationale;

in endlicher Erwägung, daß unter den gegenwärtigen wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen das Internationale Arbeitsamt des Völkerbundes der am besten geeignete internationale Organismus ist, um die internationale Verständigung über die Rohstoffverteilung herbeizuführen,

beauftragt der Kongreß das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes, in kürzester Frist einen Plan für die Errichtung einer internationalen Rohstoffverteilungsstelle auszuarbeiten. Dieser Plan ist dem Internationalen Arbeitsamt zur baldigsten Durchführung zu überreichen.

Die Tätigkeit des Internationalen Arbeitsamtes kann jedoch nur wirksam werden, wenn die gewerkschaftlichen Organisationen aller Länder allen ihren Einfluß unverzüglich und kräftig geltend machen, um ihre Regierungen zur raschen und gerechten Erfassung und Verteilung der notwendigen Rohstoffe zu veranlassen.

Damit aber die Rohstoffverteilung nach Billigkeit und Gerechtigkeit und unter Berücksichtigung der gegenwärtigen und künftigen wirtschaftlichen Lebensbedingungen der Völker und Länder organisiert werden kann, ist es notwendig, daß es allen Völkern und Ländern freigestellt wird, sich dem Völkerbund anzuschließen.

Zur Frage des Pazifismus

gelange eine Entschließung in nachfolgender Kommissionsfassung zur Annahme:

»Der Internationale Gewerkschaftskongreß stellt fest, daß die Bekämpfung aller Kriege durch die international organisierte Arbeiterschaft nicht mit dem Pazifismus der kapitalistischen Bourgeoisie zu verwechseln ist.

Er brandmarkt als Heuchelei und verurteilt ebenso alle Kriegsunternehmen, deren Ziel ist, den Völkern gegen ihren Willen neue politische oder wirtschaftliche Formen aufzuzwingen.

Die Arbeiter verlangen den endgültigen und vollständigen Frieden unter allen Völkern und lehnen es ab, sich nochmals verführen zu lassen unter dem Vorwand, sich schlagen zu müssen für den letzten oder vorletzten Krieg.

Rundschau.

Die Lebenshaltungskosten im Monat November. Nach den Berechnungen von Kuczynski haben sich die Kosten des Existenzminimums im November etwa auf der Höhe des Vormonats gehalten. Die Kosten der Lebensmittel sind sogar um ein geringes zurückgegangen. Der Unterschied ist unbedeutend; es kommt eben auf die Auswahl der Lebensmittel an, die man der Berechnung zugrunde legt. Nach den Ergebnissen der Berechnung betrug das wöchentliche Existenzminimum für ein Ehepaar mit zwei Kindern im Alter von 6 bis 10 Jahren in Groß-Berlin:

	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.
Ernährung	123	150	167	121	138	127	121	137	136
Wohnung	8	9	9	9	9	9	9	9	9
Heizung, Licht	20	22	22	22	22	21	22	22	22
Bekleidung	105	112	98	84	77	70	70	70	70
Sonstiges	64	73	74	59	82	76	74	79	79
Zusammen	320	366	370	295	328	303	296	317	316

Danach hat sich nur der Posten Ernährung um 1 Mk verringert, was aber kaum ins Gewicht fällt. Der Stillstand in der Aufwärtsentwicklung der Preiskurve dürfte nur vorübergehend sein; alle Anzeichen deuten darauf hin, daß wir bald mit einer neuen scharfen Steigerung zu rechnen haben werden. Das in der gleichen Weise berechnete Existenzminimum verursachte im November 1913 einen Kostenaufwand von 28,95 Mk.; die Kosten für den notdürftigsten Lebensunterhalt sind also gegenüber der Vorkriegszeit um etwa das Elfache gestiegen.

Gegen die kommunistischen Zellen. Der Vorstand des Eisenbahner-Verbandes erläßt einen Aufruf an die Verbandsmitglieder, der sich gegen die Bestrebungen der Dritten Internationale wendet. In dem Aufruf heißt es: »Es ist beobachtet worden, daß in einigen Ortsgruppen bereits Sondergruppen mit eigener Leitung und eigenem Programm gebildet sind, die für die Dritte Internationale wirken wollen. Es sind Kuriere und Wandrerredner entsandt worden, die der Zellenbildung das Wort geredet haben. Rundschreiben, Fragebogen und sonstige Schriftstücke sind hinausgegangen. Sitzungen, Versammlungen und Konferenzen sind veranstaltet worden. Man hat versucht, die Anhänger

der Dritten Internationale in leitende Stellen des Verbandes zu bringen. Alles dies bedeutet eine Gefahr für die Organisation! Der Vorstand hat die Pflicht, diese Gefahr mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu bekämpfen. Dieser Pflicht entsprechend hat der Vorstand einstimmig beschlossen, jedes Mitglied, das in vorstehend bezeichnetem Sinne eine gewerkschaftsschädigende Tätigkeit ausübt, vor allem aber, wenn es Verbands-Einrichtungen den Zwecken der Dritten Internationale nutzbar macht, aus dem Verbände zu entfernen.

Zur Frage der Portoermäßigung für Ansichtskarten. In der letzten Sitzung des wirtschaftspolitischen Ausschusses des Reichswirtschaftsrats wurde die Frage der Portoermäßigung für Ansichtskarten lebhaft erörtert. Während der Regierungsvertreter mit dem Hinweis auf die Unterbilanz der Post sich jeder Portoermäßigung widersetzt, machten die Sachverständigen geltend, daß von der Ansichtskartenherstellung und dem Vertrieb in Deutschland alles in allem etwa 109000 Menschen lebten. Seit der Portoerhöhung sind indes eine zahlreiche Stilllegungen erfolgt und von den 14000 Arbeitern dieser Branche in Berlin infolgedessen schon 7000 arbeitslos. Den Ausführungen der Sachverständigen schloß sich auch der Vertreter der sächsischen Regierung an. Der wirtschaftspolitische Ausschuß faßte darauf den Beschluß, dem Reichspostminister um vorzuschlagen, daß die Ansichtskarte in ähnlicher Weise wie die Glückwunschkarte zu Feiertagen als Drucksachen gelten sollen, sodaß sie also zu dem ermäßigten Porto befördert werden können.

Die Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine erzielte in ihren Handelsabteilungen bis Ende Oktober dieses Jahres einen Umsatz von 942048775 Mk. und wird es bis zum Jahreschluß auf etwa 1 1/4 Milliarde Mark bringen. Ist auch die zahlenmäßige Steigerung zu einem erheblichen Teil auf die Teuerung (Geldentwertung) zurückzuführen, so ist doch auch in manchen Warenarten ein Mehrumsatz zu verzeichnen. Trotz der großen Schwierigkeiten sucht die Gesellschaft dauernd ihren Betrieb zu erweitern. Bezüglich des Fisch- und Fleischwarengeschäfts ist zu bemerken, daß Schritte zum Ausbau unternommen sind. In Geestmünde wird ein Kontor errichtet, das frische Fische in der Auktion erstehen und sie verpackt und versendet. Außerdem ist in Altona ein Grundstück erworben, in dem Marinerei, Braterie und Räuchererei eingerichtet werden. Ein weiterer Schritt vorwärts ist getan, indem in den hauptsächlichsten Produktionsgebieten Personen für den Verkauf von Landesprodukten beschäftigt sind, die den betreffenden Lagerverwalter in seinen erweiterten Funktionen unterstützen. Einkaufskontore im Ausland sind in Aussicht genommen. Neue Lager sollen in Stuttgart, Königsberg und voraussichtlich in Minden errichtet werden. Neue Einkaufsvereinigungen werden errichtet in Goslar, Herzberg, Falkenberg, Plattling und Würzburg; geplant sind solche in Ulm, Fulda und Görtitz. Es geht also vorwärts, bei den einzelnen Vereinen wie bei ihrer Zentrale.

Die Hoffnung der Genossenschaftsfeinde. In der Händlerpresse liest man: Der Auseinanderbruch der Arbeiterbewegung und die damit verbundenen Kämpfe zwischen den einzelnen Richtungen machen sich auch in den Konsumvereinen und zwar ungünstig für diese, geltend. Die fortschreitende politische Radikalisierung in der Arbeiterbewegung bringt es ganz offenbar mit sich, daß Sachverständnis und sachliche Erfahrung zugunsten politisch radikaler Elemente von der Leitung und Verwaltung der Konsumgenossenschaft zurückgedrängt werden. Uns kann es natürlich nur recht sein, wenn die Selbstzerfleischung der Arbeiterbewegung auch innerhalb der Konsumvereinswirtschaft nicht Halt macht.

Wem fällt da nicht Schiller ein: Teuer ist mir der Freund, doch auch den Feind muß ich nutzen; zeigt mir der Freund, was ich kann, zeigt mir der Feind, was ich soll. Hier zeigt der Feind, was man nicht soll, nämlich seine Geschäfte besorgen statt der eigenen. Das kann der Konsumgenossenschaftler müheles erreichen, wenn er die guten Grundsätze hochhält, auf denen seine Organisation sicher aufgebaut und durch die sie von Erfolg zu Erfolg geführt ist.

Zur Frage der Krankenunterstützung der freiwillig weiterversicherten Kassenmitglieder. Das Reichsversicherungsamt hat dahin erkannt, daß, wenn ein früheres Pflichtmitglied einer Krankenkasse, das wegen Krankheit ausgesetzt ist, sich freiwillig weiterversichert, diesem wegen einer neuen Erkrankung ein Anspruch auf Krankenpflege nur dann zusteht, wenn inzwischen ein Zustand bestanden hat, der weder Heilbehandlung erfordert noch mit Arbeitsunfähigkeit verbunden war. Nur völlig Arbeitsunfähigkeit läßt einen neuen Anspruch nicht entstehen, und völlige Arbeitsunfähigkeit liegt nicht vor, wenn dem Versicherten noch ein Rest von Arbeitsfähigkeit verblieben ist, den er wirtschaftlich verwertet und mit dem er einen bei seinen wirtschaftlichen Verhältnissen nicht völlig belanglosen Verdienst erzielen kann. Was die Heilbehandlungsbedürftigkeit anbelangt, so genügt zu dem eine Annahme, daß bei dem Versicherten ein bestimmtes Leiden im medizinischen Sinne fortbesteht, vielmehr setzt sie einen krankhaften, Körper- oder Geisteszustand voraus, bei

dem ohne die Fortdauer ärztlicher Behandlung oder arzneilicher Versorgung eine Besserung des Leidens ausgeschlossen oder dessen Verschlimmerung zu erwarten ist. Ob Arbeitsunfähigkeit und Heilbehandlungsbedürftigkeit in diesem Sinne vorliegen, ist nach den Umständen des einzelnen Falles zu beurteilen. Aus dem Vorliegen eines chronischen Leidens, besonders der Neurasthenie, läßt sich das Vorhandensein einer Behandlungsbedürftigkeit nicht ohne weiteres folgern.

Irrtum — Fabel?

Unter dieser Überschrift erschien in Nr. 43 der »Graphischen Presse« ein Artikel, welcher, da er an exponierter Stelle stand, verdient beantwortet zu werden. Nicht der Beantwortung des Artikels an sich wegen, dessen Schärfe und falsche Schlussfolgerungen für den denkenden Leser selbst auffallen müssen, sondern wegen der Tendenz, der solchen Artikeln zugrunde liegt und die in letzter Zeit nicht nur in der Gewerkschafts- sondern auch in der Parteipresse zu bemerken ist, einer Tendenz, welcher man, auch wo man sie begegnet, entgegenzutreten muß und wenn man kann, gleichzeitig den Ausgangspunkt dieser Tendenz feststellen soll.

Und diese Tendenz ist, an der die ganze Welt erfassenden revolutionären Klassenbewegung der Arbeiterschaft gemessen, von gegenrevolutionärer Wirkung, und auch die Absicht der Urheber dieser Tendenz ist die Rückkehr zum alten System, Beseitigung des Klassenstandpunktes.

Der Artikel geht hervor aus einer Diskussion über die Moskauer Thesen, fürchtet die Zerrümmung der Gewerkschaften durch die Kommunisten und endet in einer Beschimpfung der russischen Regierung.

Ich will hier nicht über die Moskauer Thesen schreiben. Ich betradte dieselben lediglich als den ersten ehrlichen Versuch, die gesprengten Arbeitermassen wieder nach ein einheitliches Programm zu verpflichten, ihnen wieder eine Kampparole zu geben. Was die zweite Internationale nicht vermochte, hat die dritte versucht, und ist einen logischen Schritt weiter gegangen, und hat neben der Parole auch Forderungen an die Arbeiter gestellt deren Erfüllung die Hauptbedingung für das Gelingen in den sich nun folgenden unvermeidlichen Kämpfen um die Macht darstellt. Und das spricht auch über das Verhalten des klassenbewußten Arbeiters in den Gewerkschaften. In der Praxis bedeutet dies für die deutschen Gewerkschaften nicht mehr, als ein auf einem früheren Parteitage angenommener Kompromißbeschluß, die Gewerkschaften mit sozialistischem Geiste zu durchdringen. In Deutschland war dies auch meist so befolgt worden, die Bezeichnung »Partei und Gewerkschaften sind eins«, wurde zur stehenden Redensart. Für andere Länder ist diese Forderung erst der Anfang organisierter wirklicher klassenbewußter Tätigkeit in den Gewerkschaften. Der deutsche Parteitagbeschluß wird durch diese These sozusagen verinternationalisiert. Mit Recht weist Lenin auf die Tätigkeit der russischen Genossen in den von der Reaktion in Rußland ins Leben gerufenen Gewerkschaften hin. Und wenn der Artikelsschreiber einmal Versammlungen unserer Amerikanischen Union besucht hätte — ganz besonders während der Kriegszeit — dann würde er, wenn er Klassenbewußtsein besitzt, diese Moskauer These geradezu als eine Naturnotwendigkeit empfinden, sie ist sozusagen den Amerikanern auf den Leib geschrieben. In Gegensatz zu dieser versuchten Zusammenfassung aller revolutionären Kräfte unter eine Parole — Beseitigung des kapitalistischen Systems — und damit vielleicht der Ausgangspunkt der von mir erwähnten Tendenz steht. Die von der Liga der Nationen eingerichtete Arbeitskonferenz (Labor-) in welcher die Häupter der gewerkschaftlichen Organisationen der verschiedenen Länder neben Vertretern der Arbeitgeber und Staatsdelegierten sitzen. Diese Einrichtung sollte die Wirkung haben, die durch den Krieg entfesselte »Unrast« unter der Arbeiterschaft zu beschwichtigen, ihnen ein sogenanntes Mitbestimmungsrecht zu geben. Die Arbeit dieser Konferenz hat in Washington begonnen, man hat umfangreiche Referate gehalten z. B. über die Abschaffung des weißen Phosphors in der Streichholzindustrie, die Frage geprüft, ob es besser sei bloß 8 Stunden täglich, oder 48 Stunden wöchentlich zu arbeiten, hat die Kinderarbeit noch nicht ganz abgeschafft und ähnliche Arbeiten mehr getan. Man muß schon ziemlich Optimist sein, wenn man glauben will, daß durch diese Körperschaft einmal in 100 Jahren der Arbeiter Mitbestimmungsrecht in der Industrie bekommt.

In Deutschland habt ihr euch als vorläufiges Endziel der so schon begonnenen Revolution die Betriebsräte geschaffen. Wenn ihr die auf dem Betriebsrätekongreß angenommenen Resolutionen ehrlich durchführen wollt, müßt ihr Klassenbewußtsein entwickeln, dürft ihr euch auf kein Kompromiß einlassen, ich kann also eure Furcht vor der Mitarbeit der Kommunisten nicht begreifen.

Aber ich will über die Tendenz sprechen. Auch in der Parteipresse der Zentralländer einschließlich Chedo-Slovacia ist diese Tendenz zu finden. Bei der Berichterstattung von der russischen Front ist der Feind — stets die rote Armee. Mit Widerwillen wird ein etwaiger Erfolg der Sowjettruppen

gemeldet, um mit Genugtuung ein Vordringen des »demokratischen« Polens oder Ukrainens zu bezeichnen.

Die diplomatischen Erfolge der Sowjetregierung werden verkleinert und verhöhnt, und die durch den langen, aufgezogenen Kriegszustand und der Blockade hervorgerufenen Produktionschwierigkeiten werden als Unfähigkeit der Sowjetregierung belacht. Man weiß nicht recht, ist es Bosheit oder Neid! — Unmögliche Geschichten über Rußland, welche selbst amerikanische Kapitalistenblätter nicht mehr zu bringen wagen, erleiden ihre Auferstehung in der sozialistischen Presse Europas.

Die Beweggründe und Motive zu dieser Tendenz kann nur die Aufrechterhaltung des alten verrotteten kapitalistischen Systems sein. Die in der Liga der Nationen organisierten Kapitalisten zerbrechen sich den Kopf, wie man nach der Niederlage Wrangels den verhaßten Feind vernichten könnte. Man will es nun wieder einmal von innen heraus versuchen. Und hier kommt ihnen vielleicht die hier bezeichnende Tendenz, alles, was von Rußland kommt, zu beschimpfen, zu Hilfe. »Die Arbeiter beginnen das Moskauer Joch abzuschütteln« — so frohlockt es im kapitalistischen Blätterwald — »die Arbeiter werden vernünftiger« — »jetzt können wir wieder getrost die Damenschrauben anziehen, Entlassungen vornehmen, Löhne kürzen, kurzum, den schrecklich erwarteten »normalen« Zustand wieder herbeiführen.«

Die alte Erfahrung bestätigt sich von neuem. Die Unternehmer handeln nach einfachem Instinkt, es sind ihre Interessen die auf dem Spiele stehen. — Und in der Gewerkschaftspresse zerbrechen sich die Kollegen den Kopf wie man den Beruf wieder heben, dem Unternehmer einen »angemessenen« Gewinn sichern könnte, den Markt vergrößern möchte, um wiederum die ganze Reihe der kapitalistischen Entwicklung zu durchlaufen — billige Arbeitskraft, erhöhte Produktion, Marktgewinnung, Marktvergrößerung, Marktverteidigung, Krieg und neues Elend für die Massen. Anstatt allen Scharfsinn und Energie dafür zu verwenden, die beste Methode auszufinden diesem System, welches so viel Elend und Leid für die große Masse gebracht hat, ein für alle Mal ein Ende zu bereiten.

Der Artikelschreiber begeht außerdem den Fehler, wie so viele Menschen im Leben. Anstatt Selbsterkenntnis, Selbstprüfung der eigenen Kraft über die Möglichkeit den Gegner zu bezwingen, beschwichtigt er sein Gewissen damit, den Erfolg von Mutigen — zu verkleinern und sich über Mißerfolge hämisch zu freuen. — Nebenbei eine sehr schlechte Charaktereigenschaft! — Der Effekt ist dann wieder bloß Stagnation, Reaktion, Rückschritt! —

Eine Weltrevolution leugnet er. Lenins Prophezeiung derselben stellt er den Prophezeiungen über Weltuntergang gleich. — Nun, wir hielten unsern alten August Bebel auch immer für einen zu großen Optimisten, und doch hat er mit der Ankündigung des großen Klatteratsches recht behalten. Wer die Weltrevolution nicht fühlt, der hat überhaupt kein Blut im Leibe.

Überall auf unserem Erdball erwachen die Arbeiter, versuchen sich über ihre Lage klar zu werden, und warten bloß auf die Führung die ihnen den geraden Weg zeigen soll. Und dieser wird ihnen durch die 3. Internationale gegeben. Was ist ein Jahrzehnt im Kulturkampf? Ein Jahrzehnt erleben wir — jetzt —. Die hereinbrechende internationale Krise trägt schon auch ihr gut Teil bei die Beiseitestehenden in die Reihen zu bringen.

Glauben müssen wir! An unsere eigene Kraft glauben! — Zutrauen haben, weil es ja gar nicht anders kommen kann! — Es ist Entwicklungsgeschichte die wir durchleben. Und wir haben in die Entwicklung einzugreifen. Der sich immer mehr schließenden Front des internationalen Kapitals die einige Front des wohlorganisierten Proletariats entgegen zu stellen.

New York, November 1920.

Adalbert Kliemt.

Allgemeines.
Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufes.

Graphische Jugendarbeit.

Die Aufgaben der Gewerkschaften mehren sich von Tag zu Tag. Je stärker die Bewegung wird, je größer die Zahl der Mitglieder wird, um so stärker wird der Einfluß, den die Gewerkschaften naturnotwendig auf die Gestaltung der Dinge, besonders der wirtschaftlichen, ausüben. Mit dem wachsenden Einfluß muß naturgemäß auch das Verantwortungsgedühl der Gewerkschaften wachsen, aus der sich wieder die gebieterische Pflicht ergibt, der wachsenden Verantwortung gerecht zu werden. Stärkeres Hineinleben, tieferes Schürfen, überhaupt nur volle Kenntnis der Dinge wird diese den Gewerkschaften gestellten Aufgaben lösen, deren Studium schon so früh als möglich einsetzen muß. Aus diesen Gründen wenden sich jetzt auch die Gewerkschaften an die Jugendlichen und an die Lehrlinge, um sie für diese Aufgaben, die ihrer harren, reif zu machen und ihnen ein mögliches

großes Maß von Allgemeinwissen zu vermitteln. Metallarbeiter, Bergarbeiter, Eisenbahner, Buchdrucker und eine Reihe anderer Gewerkschaften haben in letzter Zeit ihr Tätigkeitsgebiet auch nach dieser Seite hin erweitert und versuchen, durch Zusammenfassung der in ihren Gewerben vorhandenen Jugendlichen sie für die Aufgaben der Gewerkschaften und damit für die Aufgaben der Arbeiterbewegung überhaupt reif zu machen.

Wir, die wir nun schon seit mehr denn zwölf Jahren diese Aufklärungsarbeit in unserer Jugend durch unsere Lehrlingsabteilung betreiben, sind deshalb auch des öfteren um Rat und Tat, um unsere Erfahrung angegangen worden, die selbstverständlich allen, das gebietet solidarische Pflicht, zugänglich gemacht wurde die es wünschten. Wenn wir trotz dieser in immerhin erheblichen Zeit graphischer Jugendarbeit das Ziel unserer Wünsche noch nicht erreicht haben, wenn trotz dieser mehr denn zwölfjährigen Tätigkeit auf dem Gebiete der Jugendpflege noch nicht die Einrichtungen geschaffen werden konnten, die wir für notwendig halten, so mag dies ein Beweis dafür sein, welche steiriger Boden bearbeitet werden muß, und daß auch hier sich die Verhältnisse als stärker erwiesen haben als unser Wille. Trotzdem wollen und müssen wir versuchen auch auf dem Gebiete der Jugendaufklärung vorwärts zu kommen und alle Kräfte einsetzen, die uns zur Verfügung stehen.

Das heute, nachdem die durch den Weltkrieg sichtlich gewordene soziale Umwälzung nicht nur die wirtschaftlichen, sondern auch die geistigen Beziehungen der Menschen zueinander wesentlich verändert hat, das heute, wo das Organisationsprinzip ganz anders in Geltung gesetzt worden ist, das heute, wo alle gesetzlichen Fesseln, die ehemals den Drang der Arbeiter nach Organisation zu ersticken suchten, gefallen sind, die Arbeit zu Erziehung und Schulung der arbeitenden Jugend in andere Bahnen gelenkt werden muß, ist jedem tiefer schürfenden Geist in der Arbeiterbewegung eine Selbstverständlichkeit. In einer Zeit, wo die arbeitenden Schichten nach oben streben und sich frei zu machen suchen von aller Einschränkung, in einer Zeit, wo die arbeitenden Schichten der Menschheit sich anschicken eine Welt aufzubauen, die ihren Idealen entspricht, ganz aus eigener Kraft, den Menschen zum Wohlgefallen, da muß auch in der Jugend der Gedanke, frei und selbständig, aus eigener Kraft ihre Geschicke zu gestalten, guten Nährboden finden. Pflicht der erfahrenen, im Kampf uns Dasein und des Fortschrittes erprobten Arbeiter muß es sein, diesen Drang der Jugend nach Freiheit und Selbständigkeit nicht zu brechen, sondern in das Bett der praktischen Arbeit zu leiten, die allein nur die Grundlage allen Fortschrittes ist.

Nur von dem Gesichtspunkt der Freiheit und der Selbständigkeit der Jugend aus betrachtet, ist das Handeln einiger gewerkschaftlich organisierter Arbeiter der graphischen Industrie verständlich, die sich nur der Sache dienen wollend, ohne sich mit den bestehenden Gewerkschaften in der graphischen Industrie in Verbindung zu setzen, eine Konferenz der graphischen Jugend für die Zahlstellen Mitteldeutschlands für den 17. Oktober nach Wittenberg einberufen, um die Wege für weitere graphische Jugendarbeit zu suchen. Daß bei den Einberufungen der Konferenz auch das jetzt so beliebte Schlagwort »Revolutionierung« und die angebliche Verwässerung der gewerkschaftlichen Aufgaben durch die Reformen, Scheinsozialisten, Bonzen, Bürokraten usw. eine Rolle gespielt hat wird zwar nachträglich abgestritten, aber die gewechselten Briefe reden doch eine solche Sprache und lassen die Annahme gerechtfertigt erscheinen, daß auch diese Konferenz ein Teil von jener Kraft sein sollte, die wohl die Gewerkschaften stärker und schlagkräftiger machen will, in Praxis aber das Gegenteil von dem auslösen muß. Verbandsvorstand und auch die am 25. und 26. September in Berlin tagende Gauleiterkonferenz hielten die Konferenz nicht im Sinne einer gedeihlichen graphischen Jugendarbeit liegend, betonten aber, daß eine Zusammenfassung der graphischen Jugend und ihre intensive Schulung und Ausbildung eine Aufgabe der nächsten Zukunft sei. Sie beauftragten den Verbandsvorstand im Graphischen Bund in diesem Sinne zu wirken und auch auf dem Gebiete der Jugenderziehung einer größeren Einheitslichkeit zuzustreben.

Diese illegale Konferenz der Graphischen Jugend der Zahlstellen Mitteldeutschlands hat nun inzwischen getagt und als Ergebnis der gepflogenen Beratungen liegt eine Entschliebung folgenden Wortlautes vor:

1. Die am 17. Oktober in Wittenberg tagende Konferenz der Graphischen Jugend erkennt grundsätzlich die Erfassung der Jugendlichen durch die Berufsverbände an und erwartet von diesen eine intensive Interessenvertretung aller Fragen, die sich aus dem Berufe ergeben.

2. Darüber hinaus haben die Gewerkschaften den Jugendlichen gegenüber eine Fülle von Aufgaben zu lösen, die einmal über den Rahmen des Berufsverbandes hinausgehen und zum anderen nur im engsten Zusammenarbeiten der örtlichen Organisationen gelöst werden können.

3. Zu den gemeinsamen Aufgaben gehören: Jugendschutz, Lehrlingslöhne, Jugendheime, allgemeine Bildungs- und Erziehungsarbeit, Erziehung zum Sozialismus, Pflege der gewerkschaftlichen Solidarität und der Geselligkeit.

4. Zur Durchführung dieser Aufgaben sind in allen Zahlstellen der graphischen Verbände Jugendkommissionen zu wählen und zu einem Jugendkartell zu vereinigen. Dieses steht durch einen Vertreter mit Sitz und Stimme im Graphischen Kartell und der sozialistischen Jugend in engster Verbindung.

5. Eine vom Graphischen Bund demnächst einberufende Reichskonferenz der Graphischen Jugend hat die Aufgabe, zu den die Jugend betreffenden Fragen Stellung zu nehmen und eine Reichszentrale zu wählen.

6. Als wichtiges Bindeglied erstrebt die Konferenz eine einheitliche Jugendpresse. Sie verpflichtet die Delegierten, in ihren Organisationen dahin zu wirken, daß auf den Verbandstagen alle Beschlüsse aufgehoben werden, die einer Verschmelzung der Jugendabteilungen und der Jugendpressen in den Graphischen Verbänden entgegenstehen.

7. Die von der Konferenz provisorisch gewählte Reichszentrale wird beauftragt, den Organisationen bei den ihr zugewiesenen Aufgaben tatkräftig Unterstützung angedeihen zu lassen.

Des Weiteren haben sie dahin zu wirken, daß die Jugendlichen innerhalb der Verbände als vollberechtigte Mitglieder mit einer den Lehrlingslöhnen entsprechenden Beitragsleistung gelten.

Soweit die Entschliebung spezielle Fragen des Lehrlingswesens behandelt, läßt sie jedoch positiven Vorschlag zur Verbesserung des Lehrverhältnisses vermissen. Wenn freilich die Konferenzzeit eher die Ansicht vertreten sollten, die kürzlich die »Junge Garde« vertrat, indem sie schrieb: »In der kapitalistischen Gesellschaft gibt es keinen »Lehrling«, es gibt nur Ausbeuter und Ausgebeutete«, dann ist natürlich jede Behandlung solcher Frage vollständig überflüssig. Aber wie so oft, geht die Praxis auch in der Frage: Lehrling oder nicht, ihre eigenen Wege und gerade die Jetztzeit zeigt unverkennbar den Drang der Jugend, nach Umfluß der Schulzeit ein Handwerk zu erlernen. Es war deshalb der Garg der Entwicklung richtig vorausgesehen und dementsprechend auch gehandelt, als die Magdeburger Generalversammlung ihre Ansichten und Forderungen über Lehrlingsausbildung und Jugenderziehung in folgenden Richtlinien niedertelegte:

»Die Magdeburger Generalversammlung erklärt, daß eine durchgreifende Umgestaltung des gesamten Lehrlingswesens eine unbedingte Notwendigkeit ist. Es muß unsere erste Aufgabe sein, die werdende Menschheit für den Sozialismus reifer zu machen. Darum gehört die Ausbildung der werdenden Arbeiterschaft nicht in die Hände der Privatunternehmer allein.

Wir fordern vielmehr: Heraussetzung des schulpflichtigen Alters bis zum 16. Lebensjahr. Davon sollen die zwei letzten Jahre für die Berufsausbildung bestimmt sein. Wir fordern daher die Angliederung der Fachschule an die Volksschule. Die Wahl der Fachlehrer geschieht unter Mitwirkung der Berufsorganisationen. Nach dieser Vorbereitung genügt für die praktische Lehrzeit im Privatbetrieb eine Lehrzeit von zwei Jahren.

Die Teilnehmer der Generalversammlung verpflichten sich, in diesem Sinne in ihren Kreisen zu wirken, bis die Vorbedingungen für die Heranbildung einer tüchtigen Nachkommenschaft gesichert sind.

In dieser Entschliebung ist alles zum Ausdruck gebracht, was in einer der Jetztzeit entsprechenden Erziehung der Jugend notwendig ist. Neben der beruflichen Ausbildung soll die werdende Menschheit — und das ist die Jugend — für den Sozialismus reifer gemacht werden. Die Jugend für den Sozialismus reif zu machen, ist aber nur möglich, wenn ihr ein gutes Allgemeinwissen vermittelt wird und solidarisches Handeln ihr zur zweiten Natur wird. So ausgerüstet, wird die Jugend auch dann ihren Weg durch das heute so zerrissene und zerklüftete Parteilieben finden, gestützt auf eine Weltanschauung, die nur Arbeit im Dienste des Proletariats zuläßt. Dagegen muß eine parteipolitische Beeinflussung der jungen und noch unreifen Köpfe in die tiefsten Wirnisse führen, dessen Ende nicht in einer objektiven Beurteilung der harten Tatsachen liegt, sondern Illusionisten, aber keine Klassenkämpfer erzieht. Auch der organisatorischen Seite ist bei der Behandlung des Graphischen Bundes Rechnung getragen worden, indem bekundet wurde, daß der von den graphischen Verbandsvorständen herbeigeführte Zusammenschluß im Graphischen Bund nur als erste Maßnahme Billigung finden kann.

Es berührt deshalb etwas eigentümlich, wenn in der Wittenberger Entschliebung die Beseitigung aller Beschlüsse in den Organisationen, die einer Verschmelzung der Jugendabteilungen entgegenstehen, gefordert wird. Wenn lediglich nur diese Beschlüsse das Hindernis zum Zusammenschluß der Jugend wären, dann wären sie schon längst über den Haufen gestoßen worden, wenn die Entwicklung die Verhältnisse reif dazu gemacht hätte. So lange der Graphische Industrieverband nicht durch die zwingende Gewalt der Entwicklung zur Tatsache geworden ist, so lange muß auch eine nur auf Beschlüssen beruhende Zusammenfassung der graphischen Jugend nach den Grundsätzen des Graphischen Industrieverbandes ein hohler Schemen bleiben, der nicht zu leben vermag. Damit soll nicht der jeder Jugend innewohnende Drang, vor-

wärts zu kommen, unterbunden oder gar erschlagen werden. Im Gegenteil! Wer erinnert sich nicht selbst gern seiner Jugend und seiner Jugenddaten die nur zu oft die gleiche Bahn wandelten? Deshalb soll auch kein Stein geworfen werden. Jeder die Sache des Proletariats vertretende aufrechte Mann wird den Elan der Jugend im Kampfe herzlich willkommen heißen und mit der Jugend wiedererfahren werden. Er wird aber dabei seine gemachten Erfahrungen in die Wagsschale werfen und dafür sorgen, daß aus dem hochaufschäumenden Most jugendlicher Begeisterung, frisch fröhlichen Taten dranges und frischen Vorwärtsstürmens der edle Wein wahrhaften Klassenbewußtseins wird. Er wird — recht viele Kollegen möchten das nur Helfer sein — der Jugend den bisherigen Weg der historischen Entwicklung weisen und ihnen zeigen, daß Entwicklungsphasen nicht nach Gutdünken übersprungen werden können.

Eine solche Entwicklungsphase stellt auch der Graphische Bund dar, aus dem der Industrieverband hervorgehen soll. Wenn auch Entwicklungsphasen nicht übersprungen werden können, so kann doch an deren schneller Überwindung gearbeitet werden. Auch in der graphischen Jugend kann in der Richtung des Graphischen Industrieverbandes Vorarbeit geleistet werden. Genau so wie die Erwachsenen durch das Graphische Kartell örtliche gemeinsame Fragen besprechen und regeln so kann auch die Jugend der graphischen Gewerbe gemeinsame örtliche Dinge gemeinsam behandeln und lösen, gemeinsam arbeiten. Ganz von selbst wird sich dann ergeben, daß auch ein Vertreter der Jugend dem Graphischen Kartell angehört, um immer in gegenseitiger Fühlung zu stehen. Ist diese Arbeit geleistet, ist durch die Initiative von unten aus das Fundament gemeinsamer Arbeit geschaffen, dann wird die in der Entschliebung vom Graphischen Bund verlangte Einberufung einer Reichskonferenz der Graphischen Jugend, die zu allen die Jugend betreffenden Fragen Stellung nehmen soll, aus dieser Entwicklung ganz von selbst herauswachsen und auch eher den Boden für eine einheitliche Jugendpresse bereiten können. Die verlangte Reichszentrale wird dann auch der Ausdruck des Vertrauens der Gesamtheit sein und die ihr überwiesenen Aufgaben nach Lage der Verhältnisse lösen und den Organisationen tatkräftige Unterstützung angedeihen lassen können. Dagegen dürfte die von der Wittenberger Konferenz provisorisch gewählte Reichszentrale kaum Gelegenheit finden, den Organisationen bei den ihnen zugewiesenen Aufgaben tatkräftige Unterstützung angedeihen zu lassen, weil sich die Organisationen von solcher Konferenz keine Aufgaben zuweisen lassen und vorläufig noch immer die Institutionen bestehen, die den Organisationen in der Jugendfrage tatkräftig zur Seite stehen.

Aus diesen Gründen ergibt sich auch logisch die Unmöglichkeit des Absatzes 2 vom § 7 der Wittenberger Entschliebung. Ganz abgesehen von dem im 2. Absatz enthaltenen Inkonsistenz, können doch für Mitglieder nur einheitliche Grundsätze und Regeln gültig sein. Oder aber es bestehen Jugendabteilungen, die nach besonderen Gesetzen oder Regeln ihre Arbeit leisten. Beides zusammen ist ein Unding, das zum Unsinn wird, wenn man die in den einzelnen Berufen vorhandenen Lehrlinge in den Kreis seiner Betrachtungen zieht.

Zusammengefaßt geht unsere Meinung bezüglich graphischer Jugendarbeit dahin, daß es möglich und auch notwendig ist, auch die graphische Jugendarbeit dem gegenwärtigen Stande der Entwicklung auf dem Wege zum Industrieverband, der zu fördern ist, wo sich nur eine Möglichkeit dazu bietet, anzupassen, daß aber alle Maßnahmen, die über die bisherige Entwicklung hinaus gehen, die graphische Jugendarbeit nur hemmen und in ihrer Auswirkung nur hinderlich können.

Ortsberichte.

Coblenz. In der Mitgliederversammlung am 14. November dankte der Vorsitzende Kollege Klugehölzer für den zahlreichen Besuch derselben und brachte zur Mitteilung, daß Kollege Martin Reiß, Köln, für heute sein Kommen zugesagt habe, bis zur Stunde aber noch nicht eingetroffen sei. Sodann gab er die traurige Nachricht zur Kenntnis, daß unser Kollege Georg Waldorf in verflorssener Nacht entschlafen sei. Er rief dem Verstorbenen ein treues Angedenken nach, was die Anwesenden durch Erheben von ihren Plätzen bekundeten. — Inzwischen erschien Kollege Otto Bauknecht, ehemaliger Gauleiter. Der Vorsitzende begrüßte ihn aufs herzlichste und machte die freudige Mitteilung, daß er heute als Verbandsjubiläum unter uns weile. Er übermittelte ihm im Namen der Zahlstelle die besten Glückwünsche und überreichte ihm eine vom Verbandsvorstand überwiesene Ehrenurkunde für seine treue und vorbildliche Mitarbeit am Aufbau unserer Organisation. Der Jubilar dankte für die ihm zuteil gewordene Ehrung und streifte kurz seine Tätigkeit und Kämpfe während seiner bisherigen Mitgliedschaft und bemerkte noch, daß er schon 26 1/2 Jahre für den Verband streite.

Sodann gab der Kassierer Kollege Schmieder einen ausführlichen Bericht über die Kassenverhältnisse. In Punkt Verschiedenes gab es eine (Fortsetzung in der Beilage.)

Aussprache über die örtlichen Verhältnisse. Zum Schluß kam dann noch unser jetziger Gauleiter, Kollege Martin Reiß, Köln. Da es schon in sehr vorgerückter Stunde war, ergriff er sofort das Wort. Redner schilderte in klaren Worten seine Richtlinien, von welchen er geleitet werde, um seinen verantwortungsvollen Posten, zu welchem er berufen worden sei, zur Zufriedenheit auszuführen. Er mahnte zu innigem Zusammenarbeiten zwischen dem Gau und den einzelnen Zahlstellen und besonders zur regen Mitarbeit der einzelnen Mitglieder. Redner streifte auch die allgemeine Lage in unserem Gewerbe und den politischen Horizont und erhielt zum Schluß den Beifall aller Zuhörer. Der Vorsitzende schloß sodann die gutbesuchte Versammlung.

Der Betriebsrat

Über den Einspruch bei Kündigung und Entlassungsentscheidet endgültig der Schlichtungsausschuß.

Der § 84 des Betriebsrätegesetzes gibt den Arbeitern in Betrieben mit über 20 Beschäftigten das Recht, in bestimmten Fällen gegen ihre Kündigung Einspruch zu erheben. Das Gesetz sieht für die Berechtigung des Einspruchs folgende Gründe vor:

1. wenn der begründete Verdacht vorliegt, daß die Kündigung wegen der Zugehörigkeit zu einem bestimmten Geschlecht, wegen politischer, militärischer, konfessioneller oder gewerkschaftlicher Betätigung oder wegen Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zu einem politischen, konfessionellen oder beruflichen Verein oder einem militärischen Verbandsverband erfolgt ist;
2. wenn die Kündigung ohne Angabe von Gründen erfolgt ist;
3. wenn die Kündigung deshalb erfolgt ist, weil der Arbeiter sich weigerte, dauernd andere Arbeit, als die bei der Einstellung vereinbarte, zu verrichten;
4. wenn die Kündigung sich als eine unbillige, nicht durch das Verhalten des Arbeiters oder durch die Verhältnisse des Betriebs bedingte Härte darstellt.

Erfolgt die Kündigung fristlos aus einem Grunde, der nach dem Gesetz zur Kündigung des Dienstverhältnisses ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist berechtigt, so kann der Einspruch auf darauf gestützt werden, daß ein solcher Grund nicht vorliegt.

Ist der Arbeiter der Meinung, daß seine Kündigung oder Entlassung aus einem dieser Gründe erfolgt ist, muß er innerhalb fünf Tagen nach der Kündigung oder Entlassung den Betriebsrat anrufen. Die Anrufung kann mündlich oder schriftlich erfolgen. Bei der Anrufung des Betriebsrats müssen die Gründe des Einspruchs angegeben und die Beweise für seine Berechtigung erbracht werden. Erkennt der Betriebsrat die Gründe für berechtigt an, dann muß er mit dem Unternehmer über den Streitfall verhandeln, um eine Verständigung herbeizuführen. Gelingt diese Verständigung binnen einer Woche nicht, so kann der Betriebsrat oder der gekündigte oder bereits entlassene Arbeiter binnen weiteren fünf Tagen den Schlichtungsausschuß anrufen.

In erster Linie hat also der Betriebsrat über den Einspruch gegen die Kündigung oder Entlassung zu entscheiden. In den meisten Fällen wird der Einspruch als berechtigt anerkannt werden müssen, und je nach dem Verhalten des Unternehmers wird der Streitfall im Betrieb durch Verhandlungen oder durch eine Entscheidung des Schlichtungsausschusses beigelegt werden.

Es gibt natürlich auch Fälle, wo der Einspruch des Arbeiters gegen die Kündigung oder Entlassung unberechtigt ist und der Betriebsrat zur Abweisung des Einspruchs kommen muß. Es kommen aber auch solche Fälle vor, wo der Betriebsrat den Einspruch gegen die Kündigung für unbegründet hält, obwohl er mit vollem Recht erheben wird. Auch werden Arbeiter mit Zustimmung des Betriebsrats gekündigt oder entlassen aus Gründen, die eine Kündigung oder Entlassung nicht rechtfertigen. Muß der Arbeiter sich mit der Abweisung seines Einspruchs durch den Betriebsrat oder mit dessen Zustimmung zur Kündigung oder Entlassung zufrieden geben?

Das Arbeitsministerium hat diese Frage bejaht, und von einigen Schlichtungsausschüssen ist auch in diesem Sinne entschieden worden. Dennoch ist die Auslegung des Betriebsrätegesetzes falsch. Sie widerspricht dem § 87, dessen erster Absatz ausdrücklich bestimmt: »Über den Einspruch (§ 84) wird im gesetzlichen Schlichtungsausschuß endgültig entschieden.« Nach dieser klaren und ziemlich eindeutigen Bestimmung kann also gar kein Zweifel darüber bestehen, daß der Arbeiter im Falle seiner Kündigung oder Entlassung den Schlichtungsausschuß anrufen kann, wenn er glaubt, daß der Betriebsrat eine falsche Entscheidung getroffen hat.

Diese Tatsache scheint nun endlich auch den Schlichtungsausschüssen zum Bewußtsein zu kommen. So hat kürzlich der Berliner Schlichtungsausschuß in einer Entscheidung sich dieser Auffassung angeschlossen. Die gegenwärtige Ansicht

ist rechtlich auch ganz unmöglich, denn der Betriebsrat kann nicht erste und letzte Instanz zugleich sein.

Was in allen diesen Fällen ganz besonders zu Bedenken Anlaß gibt, ist, daß die Unternehmer sich vor dem Schlichtungsausschuß auf die Zustimmung des Betriebsrats zur Kündigung berufen können. Wenn nun, wie im Berliner Falle, der Schlichtungsausschuß die Kündigung rückgängig machen muß, weil sie jeder gesetzlichen Begründung entbehrt, dann ist zugleich auch festgestellt, daß der Betriebsrat die ihm durch Gesetz auferlegte Verpflichtung, die Interessen seiner Mitarbeiter zu wahren, nicht erfüllt hat. Solche Vorgänge müssen für alle Betriebsräte eine Lehre sein und sie veranlassen, ihre Aufgaben stets mit der größten Gewissenhaftigkeit zu erledigen.

Die photomech. Fächer.

Ortsberichte.

Berlin, Lichtdrucker. In der außerordentlich gut besuchten Versammlung am 2. Dezember berichtete Kollege Albrecht nach Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten, daß der Ausschuß des wegen seiner Überstundenerkrankheit wohlbekannten Cornelius aus dem Verbandsrat beim Verbandsrat beantragt worden sei. Anschließend gab Kollege Dreßler den Bericht über den Gang der Tarifverhandlungen, die Gestaltung des neuen Tarifs klar herausarbeitend.

In der darauffolgenden Aussprache wurde wiederholt und mit Nachdruck hervorgehoben, daß der neue Tarif nach dem Verhandlungsergebnis vieles beim alten läßt und sogar in einigen Teilen nicht unbedeutende Verschlechterungen aufweist. Für die Hilfsenschaft sei nichts Wesentliches herausgesprungen und deshalb die Ablehnung des Tarifes eine Notwendigkeit. Dem wurde gegenüber gestellt, daß mit größter Zähigkeit die Forderungen der Hilfsenschaft verteidigt worden sind und nur auf der vorliegenden Grundlage eine Verständigung möglich war.

Die der Aussprache folgende Abstimmung über Annahme oder Ablehnung des Tarifes ergab eine Ablehnung des Tarifes mit $\frac{2}{3}$ Stimmenmehrheit.

Da Kollege Albrecht sein Amt als Tariffunktionär niederlegte, und auch wegen Kostenersparnis eine Reduzierung der Tarifklasse sowie eine Reduzierung in der Besetzung des Tarifamtes vorgenommen worden ist, — das Tarifamt soll in Zukunft nur aus je 3 Vertretern der Parteien zusammengesetzt sein, die von Berlin zu wählen sind, und nur in wichtigen Fällen je 2 Vertreter aus dem Reiche zu den Beratungen zugezogen werden sollen — wurden als Vertreter der Gehilfen im Tarifamt die Kollegen Dreßler, Tradsler und Haberditzel gewählt.

Unter Verschiedenes wurde von einem Kollegen verlangt, die größte Sparsamkeit in der Verwaltung des Verbandes zu üben sowie verschiedene Mißstände in der Firma Stern & Schiele besprochen. Schluß der Versammlung $\frac{1}{2}$ 11 Uhr.

Die Tapetenbranche.

Ortsberichte.

Crefeld, Formstecher. Am Sonnabend, den 5. Dezember fand hier eine Versammlung der Formstecher statt. Kollege Möller erstattete eingehend Bericht von den Verhandlungen in Hannover. Mit Entrüstung wurde derselbe von den Kollegen aufgenommen. Es wurde zum Ausdruck gebracht, daß die hiesige Filiale nicht eher ruht, bis unser Exister minimum erreicht ist. Jetzt, wo alle Gewerkschaften dazu übergehen, erneut Forderungen zu stellen, um, die wir ständig hinter den anderen zurückstehen, für ein Vierteljahr abzusparsen mit sage und schreibe 20 Pfg. monatlicher Zulage. Dieses muß als Herausforderung aufgefaßt werden. Die hiesige Filiale erklärt sich absolut nicht einverstanden mit diesen Abmachungen und fordert von der Zentralleitung, alles daran zu setzen, um noch vor dem abgelaufenen Termin erneut in Verhandlungen zu treten, bis zu diesem Zeitpunkt sämtliche Zahlstellen aufzuräumen und zu geschlossenem Vorgehen zu bewegen. Dann die Verhandlung mit aller Schärfe zu führen und vor der Anwendung der äußersten Mittel nicht zurückzuschrecken, endlich ganze Sache zu machen. Das ständige Hinweisen der Unternehmer bei jeder Verhandlung auf die Schmutzkonzurrenz widert uns nachgerade an. Warum geschieht nichts dagegen? Die Unternehmer haben ja auch gar nicht die Absicht, die Schmutzkonzurrenz zu bekämpfen, sonst würden dieselben doch nicht hingehen und gegen die Abmachungen Heimarbeiterschäftigen, womit doch nur wieder neue Kunsttempel eröffnet werden, außerdem die kleinen Stedereien mit Arbeit versorgen. Man lasse die doch ruhig zum Teufel gehen, die schaffen uns doch bloß Schwierigkeiten, sind es doch gerade diejenigen, welche durch Unterbieten und gegenseitiges Abjagen der Muster die größte Schmutzkonzurrenz betreiben. Die Filiale Crefeld fordert alle Kollegen auf, ganz energisch gegen Heimarbeit Front zu machen, denn von den Unternehmern können wir dasselbe nicht erwarten, da dieselben unter sich Schmutzkonzurrenz betreiben. Kollegen! Wir haben es in der Hand, uns geordnete Verhältnisse und angemessenen Lohn zu

sichern, wenn wir ein geschlossenes Ganzes bilden. Dann stellen wir die Forderung, kein Muster mehr diesen Krautern, welche durch ihr Gebaren unsere Existenz untergraben, zu geben.

Die Zufriedenheit der Einbedcker und Hildesheimer Kollegen ist nur auf Lauheit und Nachlässigkeit zurückzuführen, denn diese Kollegen drückt gerade so der Säuh wie uns. Hier muß eine intensive Tätigkeit und Aufklärung von seiten der Zentrale einsetzen, damit uns diese Kollegen für unser Vorgehen gewonnen werden.

Feuilleton.

Zum 150. Geburtstage Beethovens

am 16. Dezember 1920.

Ein Gewitter in den Alpen
Und das große Herz Beethovens
Sind die Wecker mit des Mutes. (Lenau).

Unter dem Dreigestirn am Himmel deutscher Tonkünstler: Haydn, Mozart, Beethoven, ist letzterer der hellste Stern. Es gibt kaum einen gebildeten Menschen, der beim Lesen oder Aussprechen hören des Wortes »Beethoven« nicht unwillkürlich an den höchsten Begriff von Musik erinnert würde. Und ein alter Lithographenkollege, der viele Werke des größten Tonkünstlers, so auch dessen einzige Oper »Fidelio«, schon als Kind gehört hatte, (für Arbeit des Garderobehinetrags in den Musentempel eine Freikarte!) freute sich jetzt im 150. Geburtsjahre Beethovens wie ein Kind, daß ein junger Saalfelder Lithographenkollege, Erich Voigt, ein riesiges Beethovenengemälde an die Wand einer neuen Musikhandlung in Saalfeld (Josts Musikhaus) malte. — Beethoven war nicht nur größter Künstler, sondern auch im alten monarchischen Staat schon ein Republikaner.

Welch merkwürdiger Mensch der größte Tonkünstler Beethoven war, beweist die Entstehung der »Sinfonia eroica«. — Gesandter der französischen Republik am österreichischen Hofe (in der »Kaiserstadt« Wien lebte Beethoven) war damals der General Bernadotte. In seinem, den Notabilitäten aus allen Ländern geöffneten Salon erschien auch Beethoven, der sich bis dahin bereits als großer Bewunderer des ersten Konsuls der Republik (Bonaparte) zu erkennen gegeben hatte. Vom General Bernadotte nun ging der Gedanke aus, Beethoven möge den größten Helden des Zeitalters in einem Tonwerke feiern. Dies tat Beethoven bald darauf, indem er die »Sinfonia eroica« dichtete und die Reinschrift der Partitur mit der Dedikation an den ersten Konsul der französischen Republik versah und zwar mit den beiden Worten »Napoleon Bonaparte«. Gerade sollte die Partitur dem General Bernadotte zur Absendung nach Paris gegeben werden, als die Nachricht aus Paris nach Wien kam, Napoleon hätte sich zum Kaiser proklamieren lassen. Kaum hatte Beethoven diese Nachricht, die ihm vom Grafen Lichnowsky durch seinen Schüler Ferd. Ries überbracht wurde, gehört, als er das Titelblatt abriß und die Partitur unter Verwünschungen auf den Boden warf. Erst nach längerer Zeit legte sich der Zorn unseres republikanisch und demokratisch gesinnten Tondichters. Er gab zu, daß der Titel »Sinfonia eroica« bleiben möge und dieselbe mit der Devise »um das Andenken eines großen Mannes zu feiern« herauszugeben sei.

Erlöten heute die Klänge dieser herrlichen Sinfonie in alterloser Neuheit, so ist dieses der Fall zum Ruhme und zur Ehre ihres eigenen Schöpfers Ludwig van Beethoven, den wir nicht nur als großen Tondichter, sondern auch als großen Menschen bewundern. (Prof. Herm. Ritter).

Dieses größte musikalische Genie hatte das Unglück taub zu werden, was in dem Beethoven-dramatell »Adelaide« von Hugo Müller, in welchem ich Karl Weiser, den Dichter-Schauspieler und Verfasser der prächtigen Arbeiterdichtung »Die Hundert-händigen«, als Beethoven bewunderte, so eindringlich geschildert ist, daß mir die Tränen in die Augen kamen, und ich schäme mich der Tränen nicht! — Ein neuerer Dichter, Friedrich Lienhard, schreibt über Beethoven:

Ihm ward die Taubheit keine angenehme,
Doch nötige Bedingung der Erfüllung,
Daß er den Lärm der Umwelt nicht vernähme,
Griff er zu dieser grimmigen Verhüllung,
Seht seines Unwesens streng geschlossene Falte!
Daß er die innre Gut beisammenhalte,
Bedarf er, daß er so die Lippen preßt,
Doch nun erst, glutherrschend, schuf der Alte
Die *Nacht Sinfonie* und jene *Messe*.
(Gemeint ist die »Missa solemnis«, katholische Festmesse).

Als Beethoven im Sterben lag, fand sich unter drei Ärzten nur einer bereit, an sein Lager zu kommen, und das erst nach langem Sträuben; der »aube, halbverrückte alte Musiker mochte allein verreden, schreibt Rudolf Hudk in seiner »Winterwanderung«. »Eisig danken und Frühlingsahnen« — — Ewig wird gelten, was Lenau mit Recht sagt:

... Kämpfen lern' ich ohne Hassen,
Güte liebend und entsagen,
Und des Todes Wonneschauer,
Wenn Beethovens Lieder klagen;
Wenn sie jubeln, Leben schmiettern.
Daß die tiefsten Gräber klaffen,
Und ein dionysisch Taumeln
Rauschet über allen Gräbern.
Wenn sie zürnen, hör' ich rasset
Menschenwillens heil'ge Speere,
Und besiegt zum Abgrund, heulend,
Tüchten die Dämonenheere. (Meier-Dürig)

TOTENLISTE

1920.

† Am 28. September in Leipzig **Julius Kuhs**, Notenstecher aus Leipzig, 57 Jahre alt, an Darmgeschwulst, krank 1 Woche 2 Tage. — Eingetreten in Leipzig am 27. Juni 1920. (Mitglied im Notenstecher-Gehilfen-Verband seit 1. Februar 1881).

† Am 7. Oktober in Aachen **Jakob Wirtz**, Steindrucker aus Aachen, 60 Jahre alt, an Lungenentzündung, krank 1 Woche, 4 Tage. — Eingetreten in Aachen am 1. Januar 1893.

† Am 7. Oktober in Bautzen **Alwin Dürrlich**, Steindrucker aus Niedercunersdorf, 48 Jahre alt, an Lungentuberkulose, krank 20 Wochen, 4 Tage. — Eingetreten in Bautzen am 20. April 1919.

† Am 10. Oktober in Berlin **Hugo Bohm**, Chemigraph aus Brandenburg a. H., 31 Jahre alt, plötzlich an Herzklappenfehler und Gehirnschlag. — Eingetreten in Brandenburg a. H. am 14. April 1907.

† Am 13. Oktober in Harburg **Hermann Tausch**, Formstecher aus Darsekau, Kreis Salzwedel, 42 Jahre alt, an Wassersucht, krank 64 Wochen. — Eingetreten in Osnabrück am 3. Januar 1909 (vorher im Zentralverband der Formstecher seit 19. Februar 1898.)

† Am 17. Oktober in Nürnberg **Konrad Geiger**, Steindrucker aus Großreuth h. d. V., 59 Jahre alt, infolge einer Magenoperation, krank 10 Wochen 3 Tage. — Eingetreten in Nürnberg am 1. April 1891.

† Am 20. Oktober in Breslau **Otto Linke**, Steindrucker aus Samfer, 61 Jahre alt, an Lungenentzündung und Herzschwäche, krank 2 Wochen 4 Tage. — Eingetreten in Breslau am 1. Oktober 1905.

† Am 21. Oktober in Chemnitz **Max Richter**, Chemigraph aus Chemnitz, 22 Jahre alt, infolge Unglücksfall — R. war zuletzt Hilfswachmeister bei der Sicherheitspolizei und erhielt bei der Waffenabgabe einen Kopfschuß. — Eingetreten in Chemnitz am 23. April 1916 (vorher Mitglied der Lehrlingsabteilung seit 11. Januar 1914).

† Am 22. Oktober in Wanfried **Carl Schuchardt**, Steindrucker aus Aue, Kreis Eschwege, 40 Jahre alt, an Herzleiden, krank 8 Wochen 5 Tage. — Eingetreten in Wanfried am 24. August 1919.

† Am 22. Oktober in Niedersiedlitz **Robert Gardlowsky**, Steindrucker aus Königsberg i. Pr., 51 Jahre alt, an Darmverschlüpfung, krank 2 Tage. — Eingetreten in Brandenburg am 3. Februar 1895.

† Am 25. Oktober in Dresden **Robert Ulbricht**, Lichtdrucker aus Dresden, 64 Jahre alt, an Arterienklorose und Nervenverfall. Invalide seit 3. September 1920. — Eingetreten in Dresden am 1. September 1884

† Am 26. Oktober in Brandenburg **Robert Lüdecke**, Steindrucker aus Damsdorf, 20 Jahre alt, an Knochenverwitterung (Tuberkulose), krank 87 Wochen. — Eingetreten in Brandenburg am 31. März 1918 (vorher Mitglied der Lehrlingsabteilung seit 11. Juli 1915).

† Am 30. Oktober in Berlin **Otto Redler**, Steindrucker aus Berlin, 62 Jahre alt, an Geisteskrankheit und Herzschwäche, Invalide seit 2. August 1920. — Eingetreten in Berlin am 1. Januar 1893.

† Am 1. November in Leipzig **Otto Bergk**, Chemigraph aus Leipzig-Schönefeld, 21 Jahre alt, an Typhus, krank 8 Tage. — Eingetreten in Leipzig am 14. April 1918 (vorher Mitglied der Lehrlingsabteilung seit 10. Mai 1914.)

† Am 3. November in München **Theodor Stelzmann**, Chemigraph aus Chemnitz, 42 Jahre alt, an Leberkrebs, krank 29 Wochen 2 Tage. — Eingetreten in Hamburg am 1. April 1897.

Ehre ihrem Andenken!

Der Verbandsvorstand.

Zur gefl. Beachtung: Wir bitten sämtliche Ortsvorstände, uns von jedem Todesfall mit Angabe der Mitgliedsnummer, Art und Dauer der Krankheit usw., unter Beifügung des Mitgliedsbuches und der Sterbeurkunde stets sofort Mitteilung zu machen. Wenn der Verstorbene eine unterstützungsberechtigte Witwe hinterläßt, wolle man uns auch gleich deren Personalien (Rufnamen, Geburtstag und -jahr) mitteilen. Der Verbandsvorstand.

Mehrere tüchtige

Farben-Lichtdrucker Farben-Retuscheure u. Schwarz-Lichtdrucker

werden gesucht.

Offerten mit Zeugnisabschriften und Gehaltsangaben sind einzureichen: **Tarifamt für Deutschlands Chemigraphen u. Kupferdrucker** Berlin SW. 68, Markgrafenstraße 73, III. 11

Tüchtiger lediger

**lithographischer
Maschinenmeister**
für Rotaryzinkdruck gesucht.
A. Landerer, Heilbronn a. N.

An Kollegen

vergebe den Vertrieb eines kleinen, billigen und konkurrenzlosen Artikels (pat. gesch.), den jede Hausfrau und jedes Geschäft kauft. Interessenten erhalten nach Einsendung von 2,50 Mk. Muster und Anleitung.

M. Friebel,
Leipzig-Stötteritz, Arnoldstraße 9.

**Italienische
Vertreter - Firma**

mit ausgedehnter Kundschaft der Kunstverlagebranche, graphischer und verw. Betriebe, Weberei, Kammfabrikation, Goldleistenfabrikation usw. wünscht deutsche Firmen, welche derartige Artikel produzieren, zu vertreten.

Adr.: **Angelo Scaioli**, Bergamo (Italien)



**Wolff's preisgekrönte
Bronzefinktur Kosmos**

Ist Zusatz zu Gold-Druck-Unterfarbe, büßt für das Haften und einen bisher unerreichten Hochglanz des Bronzedruckes.

Ein Versuch überzeugt.
Probep Dosen von 2,5 Kilo, Originaldosen von 5 Kilo ab Detmold.

**J. H. Wolff, G. m. b. H.,
Fabrik von Bronze-Tinkturen,
Detmold.**

Graphische Fachklassen
Entwurf und Werkstattausbildung.
Auskünfte durch die **Barmen**
Kunstgewerbeschule

Druckwalzenflanschen

ab Lager und kurzfristig liefert zu äußersten Preisen

Max Kupko, Maschinenschlosserei. Eilenburg.

„Betromit“ Schnelltrocknungsmittel „Extrakt“ trocknet nicht ein, bildet selbst bei langsamem Verbrauch keine Haut, kann reelles verbraucht werden.

„Steingummi“ flüssig, Ersatz für echtes Gummi-arabicum, stets gebrauchsfertig, zum Präparieren von Lithographiesteinen, Zink- u. Aluminiumplatten.

„Enoldin“ — Druckfett — speziell für schlecht zu verdruckende Farben und Papiere.

„Enol“ Drucktinktur — sehr geeignet für Bronzedruck

„Golljad“ vorzügliches Reinigungs- u. Auswaschmittel bei wasserhell, milde im Geruch, und nicht feuergefährlich

empfiehlt
H. Schnuhr, Hamburg 22, Richardstraße 49.
Fabrik chem. techn. Präparate für Druckereien.

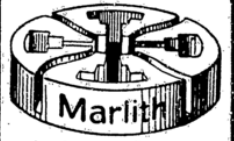
Lithographie (Export) Lithographie

Den neu patentierten, von lithographischen Großbetrieben als erstklassig anerkannten und als unübertroffen bezeichneten künstlichen

Schleif- und Polierstein



Marke
Marlith



erhält in 4 Nummern: I scharf, II mittel, III fein, IV extrafein, in Form von

Handsteinen (auch zum Einspannen in die Maschine), per Stück Mark 7,—, Durchmesser 22, 26, 32 cm, 7 cm Höhe

Maschinensteinen, per Stück Mark 7,—, Gewicht etwa 4, 5, 7 kg, per kg M. 10,—

Masse zum Selbstgießen in 1 kg Blöcken per kg Mark 9,50.

Zusendung gegen Nachnahme. Etwa Nichtkonvenientes wird zurückgenommen.

Muster (1-4) per Stk. M. 7,—, sowie Prospekt auf Wunsch gerne zu Diensten.

Exporteur: **Kabatt.**

Marlith Kunststein-Werk Distler & Wenzel,

München, Theresienstraße 76.

ZINKDRUCKPLATTEN

1a. Zinkätze. Auswaschtinktur. Neuschleifen gebrauchter Platten.

KARL MESS, G. m. b. H., BERLIN SO. 36, Wiener Straße 60

Fernruf: Moritzplatz 1929.

Fachliteratur

Das Tauschieren und Ätzen der Metalle
Mk. 1.60, inkl. Porto und Nachnahme Mk. 2.35.

Die Erfindung der Lithographie
Mk. —.75, inkl. Porto und Nachnahme Mk. 1.70.

Der Steindrucker an der Schnellpresse
Mk. 4.—, inkl. Porto und Nachnahme Mk. 4.90.

Zu frohen Festen, Vorsprüche und Lieder
Mk. 2.—, inkl. Porto und Nachnahme Mk. 2.75.

Lieferung für Ausland mit 50 Prozent Aufschlag gegen Vorhercinsendung des Betrages.

Verlag Conrad Müller, Schkeuditz - Leipzig
Postcheckkonto: Amt Leipzig Nr. 15078.

Inserate

sind nicht an die Redaktion, sondern an die Expedition, Conrad Müller, Schkeuditz, bei Leipzig, Augustastraße 8, zu senden.